Einzelpreis 10 Pfg • Jahrgang 2 · Montag, den 3. März 1919 · Nummer 112 • Abend-Ausgabe

Redaktion: Berlin NW. 6, Schiffbauerdamm 19 III.
Fernsprecher: Amt Norden 2495 und 2496.

Expedition: Berlin NW. 6, Schiffbauerdamm 19.
Fernsprecher: Amt Norden 9763.

Freiheit

Berliner Organ der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Gewitterstimmung!

Vollversammlung der Arbeiterräte Groß-Berlins.

Die am Freitag vertagte Versammlung der A.- u. S.-Räte nahm heute vormittag ihren Fortgang. Die Tagesordnung lautet: 1. Bericht über die Verhandlungen mit dem Zentralrat über die Einberufung des Rätekongresses und Beschluß darüber. 2. Diskussion 3. Die Erledigung der Tagesordnung der vorigen Versammlung.

Neuendorf vom Vollzugsrat berichtet über den ersten Punkt der Tagesordnung und empfahl namens der rechtssozialistischen Vertreter im Vollzugsrat die Beteiligung an dem vom Zentralrat einberufenen Kongreß am 25. März. Auch wenn der Berliner Vollzugsrat den Kongreß einberufen würde, wäre aus technischen Gründen ein früherer Termin nicht möglich. Auch er und seine Parteifreunde verurteilen die Verzögerung der Einberufung des Kongresses durch den Zentralrat. (Zuruf: Durch Eure Schuld!)

Müller erklärt namens des Vollzugsrates, daß die Verantwortung für die Verzögerung des Kongresses und die daraus entstehenden Folgen dem Zentralrat zur Last fallen.

Eine Reihe Anträge bringen zum Ausdruck, daß der Kongreß am 18. März stattfinden und vom Berliner Vollzugsrat einzuberufen sei. Außerdem wird eine Aenderung der Richtlinien für die Neuwahl der Arbeiterräte auf der Grundlage des Betriebssystems verlangt.

Herfurt von den Kommunisten verlangt, daß der Rätekongreß vom Berliner Vollzugsrat einberufen werde, da der Zentralrat ja abgedankt sei. Die Geschäfte des bisherigen Zentralrates müsse der Berliner Vollzugsrat weiterführen. Das vom Zentralrat ausgearbeitete Wahlreglement sei nur ein Versuch der Mehrheitssozialisten, auf den Krücken des Wahlparlaments in den Rätekongreß hineinhumpeln zu können. Die Arbeiterräte müssen auf der Grundlage des Betriebssystems gewählt werden.

Ein weiterer Antrag spricht die große Erregung, die das bisherige Verhalten des Zentralrates bei der Arbeiterschaft hervorgerufen hat, aus.

Als darauf Cohen vom Zentralrat das Wort erhält und die Rednertribüne betritt, erhebt sich ein minutenlanger Sturm gegen ihn.

Die Kommunisten beantragen Vertagung der Versammlung, ob Cohen das Wort erhalten soll. Die Versammlung beschließt gegen eine starke Minderheit, ihm das Wort zu erteilen. Da die Abstimmung angezweifelt wird, erfolgt sie nochmals mit demselben Resultat. Die Abstimmung wird durch große und minutenlange Unruhe abgelöst, so daß es Cohen unmöglich ist, das Wort zu ergreifen.

Unter dem Protest, daß der Zentralrat faktisch nicht mehr bestehe und er seine Reichsgeschäfte in die Hände der Nationalversammlung gelegt habe, schicken sich die Kommunisten an, den Saal zu verlassen. Die Rechtssozialisten rufen: Raus! Raus!

Neumann erklärt namens des Fraktionsvorstandes der U. S. P. D., während der Rede Cohens den Saal zu verlassen und nachher wieder an der Versammlung teilzunehmen. Dem Ersuchen keinen nicht alle Mitglieder der U. S. P.

Darauf ergreift Cohen zu seiner Rede das Wort.

Blutige Kämpfe in Halle.

Halle, 3. März, 12 Uhr mittags. (Eigene Drahtmeldung). Am Sonntag sind die 4. Komp. der Noskegarde unter dem Oberbefehl Maerker, in Halle eingedrungen. Die Bevölkerung nahm Stellung gegen sie. Bis dahin hatte Ruhe und Ordnung in der Stadt geherrscht. Nach dem Einzug der Noskegarde in Halle sind große Teile der Stadt in Trümmerstätten verwandelt worden. Warenhäuser, große Geschäfte der Innenstadt, wurden dem tumultuösen Treiben undisziplinierter Massen überlassen. Einige Truppenteile sind von der Menge entwaffnet worden. Einzelne Offiziere wurden gelyncht. Maschinengewehre und Waffen wurden ins Wasser geworfen. In verschiedenen Stadtteilen wurde geschossen. General Maerker ist der Lage nicht Herr geworden. Es finden zur Zeit Verhandlungen statt.

Der Generalstreik in Mitteldeutschland.

Leipzig, 2. März. W. T. B. Der Arbeiter- und Soldatenrat läßt durch Maueranschlag bekanntmachen, daß von 9 Uhr abends an bis 5 Uhr früh kein Bewohner sich außerhalb seiner Wohnung aufhalten darf. Alle öffentlichen Lokale sind nach 8½ Uhr abends zu schließen. Wer nach 9 Uhr abends ohne behördlichen Ausweis auf der Straße angetroffen wird, wird durch die Sicherheitswache festgenommen; bei Widerstand wird von der Waffe Gebrauch gemacht werden. Wie es heißt, ist diese Maßnahme angeordnet worden, um Ausschreitungen vorzubeugen, da die Stadt nachts ohne jede Beleuchtung ist. Im übrigen herrscht in Leipzig Ruhe. Der Generalstreik der Arbeiter und der Bürgerschaft nimmt seinen Fortgang.

Dresden, 2 März. W. T. B. Heute veranstalteten die Arbeitslosen und Kommunisten eine Protestversammlung, in der sie den Generalstreik von Montag früh ab erklärten. An die Versammlung, an der ungefähr 12 000—13 000 Mann teilnahmen, schloß sich ein Umzug, der sich unter Hochrufen auf den Bolschewismus und unter dem Gesange der Arbeiter-Marseillaise durch die Straßen der Stadt bewegte.

Generalstreik in Mühlhausen.

Bern, 2. März. Wie der Basler „Vorwärts" aus St. Ludwig meldet, sind in Mühlhausen ernste Arbeiterkämpfe ausgebrochen. Die Zahl der Ausständigen soll 20 000 betragen. Infolge der enormen Teuerung der Lebensmittel müsse mit dem Generalstreik des ganzen Landes gerechnet werden.

Der Bürgerstreik.

Die im Bürgerrat Groß-Berlin zu gestern einberufene Beratung hat nach längeren Erörterungen folgende Entschließung angenommen:

„Die Versammlung verkennt nicht die schweren Bedenken, die gegen die Anwendung des Streikes der Bürgerschaft als Gegenwehr gegen den Generalstreik sprechen. Doch ist sie sich darüber einig, daß, wenn andere Maßnahmen versagen und selbst die Regierung oder sonstige berufene Instanzen nicht imstande sind, die notwendige Ruhe und Ordnung in Groß-Berlin aufrechtzuerhalten, der Streik der Bürger als letzte Maßnahme zur Anwendung gelangen muß, um den roten Terror zu bekämpfen. Sie beauftragt daher den Bürgerrat, nicht nur die Frage des Generalstreiks mit möglichster Beschleunigung zu prüfen, sondern auch alle Maßnahmen zu treffen, um eine durchgreifende Organisation für den Streik der Bürgerschaft zu treffen, so daß er, falls er notwendig wird, jederzeit durchgeführt werden kann. Der Bürgerrat Groß-Berlin erhält daher den Auftrag, als Gegenmaßnahme gegen den Generalstreik die Bürgerschaft jederzeit zu einem Bürgerstreik aufzurufen."

In der Debatte machten verschiedene Redner Einwendungen gegen den Bürgerstreik geltend. Generalsekretär Müller vom Hansabund verglich den Bürgerstreik mit einer Morphiumspritze, die wohl für den Augenblick betäube, die Gefahr aber nicht dauernd abwenden könne. Geheimrat Cassel betonte das große Risiko, das ein Bürgerstreik mit sich führe. Regierungsrat Kemper erklärte, es sei fraglich, ob der Bürgerstreik das geeignete Mittel sei. Dieses Mittel habe für die Arbeiter bereits den Schrecken verloren. Zweifellos würden sie die Oeffnung der Apotheken, Bäckereien usw. erzwingen. Er schlage vor, daß das Bürgertum in Massenkundgebungen seine Stärke zeige.

Diese Reden zeigen, daß mindestens bei einem Teil der Versammelten das Vertrauen in die eigene Kraft nur sehr gering ist. Allgemein war die Sehnsucht nach der helfenden Hand der Regierung und nach der Verstärkung der Freiwilligenkorps. Hauptmann Woiczewicz und Oberst Reinhard versicherten der Versammlung, daß alle Maßnahmen zur „Aufrechterhaltung der Ordnung" getroffen seien. Sehr überzeugend werden ihre Zusicherungen nicht gewirkt haben, da die angenommene Resolution eine tiefe Niedergeschlagenheit zeigt.

Die Rettungsaktion.

München, 3. März. Die gesamte mehrheitssozialdemokratische Partei hat in der Nationalversammlung in Weimar einen von Auer und Genossen gezeichneten Antrag eingebracht, wonach das Eigentum an allen zur Erhaltung der Volkswirtschaft notwendigen Bodenschätzen allein der Nation zusteht. Weiter wird die Reichsregierung aufgefordert, Bergwerke und Erzeugung von Energien mit möglichster Beschleunigung der öffentlichen Bewirtschaftung (Sozialisierung) zuzuführen und dabei Arbeiter und Angestellte durch geeignete Vertretungen (Betriebsräte) an der Kontrolle der Verwaltung zu beteiligen.

Die Periode der starken Männer.

W. T. B. meldet: Der Abgeordnete der Nationalversammlung Schöpflin ist zum Gouverneur von Berlin, der erste Vorsitzende des Hamburger Soldatenrats Lampl zum Kommandanten von Hamburg-Altona ernannt worden.

Schöpflin ist ein naher Gesinnungsverwandter des „Arbeiters" Noske. Er gehört zu den starken Männern, mit deren Hilfe die Regierung unter dem Beifall aller Reaktionäre die sozialistische Republik ausbaut.

Entweder — oder!

Immer gewaltiger wird die Erregung der Arbeiterschaft, immer ungestümer ihre Forderung nach Anerkennung der Arbeiterräte und der sofortigen Durchführung der Sozialisierung. Die langen Wochen des Zusammenarbeitens der rechtssozialistischen Führer mit den Vertretern des Kapitalismus, die Tatenlosigkeit der Regierung haben die Erregung auch auf die Anhänger der Rechtssozialisten ausgedehnt. Auch diese Massen drohen die rechtssozialistischen Führer zu verlassen. Ihre klare Erkenntnis, daß ihr Schicksal in den Händen dieser Leute aufs schärfste bedroht ist, weist sie auf den richtigen Weg: den Kampf gegen ihre Verräter!

Die Regierung, der Vorstand der rechtssozialistischen Partei, die rechtssozialistische Fraktion der Nationalversammlung, die rechtssozialistischen lokalen Führer, sie alle suchen jetzt durch beschwichtigende Aufrufe die Erregung der Massen zu dämpfen. Genau wie am 9. November, so suchen sie auch jetzt mit der Spekulation auf Unwissenheit und Gedächtnisschwäche ihre Stellung zu retten. Genau wie der Aufruf des Vorstandes der Bezirksorganisation von Groß-Berlin, den wir heute morgen bereits besprachen, sucht auch ein Aufruf, den der Vorstand der Sozialdemokratischen Partei und die sozialdemokratische Fraktion der Nationalversammlung im „Vorwärts" veröffentlichen, die Massen einzulullen. Sie erklären:

„Was als Ziel der wilden zügellosen Bewegungen hingestellt wird, ist schon erreicht oder wird in nächster Zukunft gesetzlich festgelegt werden.

Die Soldatenräte verschwinden nicht!

Sie werden mit ihren elementaren Befugnissen erhalten bleiben.

Die Arbeiterräte verschwinden ebensowenig!

Sie müssen in Betriebsräte umgewandelt werden und ihre wichtigste Funktion, kontrollierend und mitbestimmend im Wirtschaftsprozeß entfalten. So wenig dies politisch möglich, so wenig werden die Arbeiter wirtschaftlich in die alte Hörigkeit zurücksinken. Neben der politischen ist auch die wirtschaftliche Demokratie der Arbeiter gesichert, vorausgesetzt, daß sie einig und geschlossen auf den Wegen der Demokratie wandeln und jede Tyrannei zügelloser Elemente von sich abschütteln.

Die Sozialisierung wird ebenso sicher kommen,

in dem Maße und mit der Eile, die volkswirtschaftlich nur irgendwie möglich ist."

Einen Tag vorher hat die Regierung ihr Programm bekanntgegeben. Vergleicht man dieses, mit der Zustimmung der bürgerlichen Vertreter veröffentlichte Dokument, das die wahren Absichten der Regierung darlegt, so ist der fundamentale Unterschied zwischen diesen beiden Kundgebungen klar ersichtlich. In dem Regierungsprogramm befindet sich kein Wort von den Soldatenräten. Nur inhaltslose Redensarten über demokratische Grundsätze und Versprechungen über künftige Maßnahmen. Wenn demgegenüber der Aufruf der rechtssozialistischen Führer erklärt, die Soldatenräte verschwinden nicht, so wird man daran denken müssen, daß dies eine leere Redensart ist, die sowohl mit dem berüchtigten Kommandoerlaß derselben Leute, im schärfsten Widerspruch steht, wie auch mit den Erklärungen von Scheidemann. Allen Zweifeln gegenüber wollen wir hierhersetzen, was Scheidemann als die Ueberzeugung aller seiner Gesinnungsfreunde in der Regierung Anfang Februar erklärt hat:

„Nach dieser Uebergangszeit, die für uns mit dem Zusammentritt der Nationalversammlung als beendet angesehen werden kann, werden die A.- u. S.-Räte zu Bremsvorrichtungen und kostspieligen Hindernissen jeder ordentlichen Verwaltung."

Die Arbeiterräte in ihren politischen Funktionen haben bisher keinen schärferen Gegner gehabt als die rechtssozialistischen Regierungsmitglieder. Obwohl das Verlangen nach Eingliederung der Arbeiterräte in die Verfassung und in die Verwaltung aller öffentlichen Körperschaften, auch bei ihren eigenen Anhängern mit jedem Tage stärker wurde. Auf die Nachricht, daß „bestimmte Mitglieder des Kabinetts, darunter Scheidemann, erwägen, in irgendeiner Form, das Rätesystem in den Verwaltungsapparat einzufügen, hat die Regierung am 26. Februar erklärt:

„Kein Mitglied des Kabinetts denkt daran oder hat je daran gedacht, das Rätesystem in irgendwelcher Form, sei es in die Verfassung, sei es in den Verwaltungsapparat einzugliedern".

Ebenso haben sich die Rechtssozialisten noch am 27. Februar gegen die weitere Wirksamkeit der kommunalen Arbeiterräte ausgesprochen.

Aber dieselben Leute, die jetzt ankündigen, daß die Arbeiterräte in Betriebsräte umgewandelt werden sollen, haben sich bisher allen Versuchen, dies praktisch in die Tat umzusetzen, widersetzt. Sie haben sich geweigert, den Betriebsräten im Ruhrgebiet wirksame Befugnisse zu geben, sie haben sich geweigert, die Bezirkszechenräte anzuerkennen, die für die Durchführung der Sozialisierung unerläßlich sind. Sie haben durch ihre Weigerung, die Betriebsräte- und den Bezirksbergarbeiterrat im mitteldeutschen Bergbau anzuerkennen, den Generalstreik in Mitteldeutschland hervorgerufen. Sie haben versucht, das Verlangen der Bergarbeiter nach Betriebsräten durch brutale Gewalt zu unterdrücken. Am 26. Februar ließ die Regierung erklären, daß sie dem Generalstreik durch Maßregeln begegnen werde, die unter allen Umständen den „Terrorismus" verhindern. „Es wird gezeigt werden, daß wahnwitzige oder verbrecherische Elemente nicht ungestraft das Land zum Zusammenbruch treiben dürfen". Das war die Sprache der Leute, die heute durch leere Redensarten und Versprechungen die Erregung ihrer Anhänger, wie die der ganzen Arbeiterschaft, bannen glauben zu können.

Wir haben bereits heute morgen dargelegt, daß die Regierung weder bisher die Absicht hatte, eine wirkliche Sozialisierung durchzuführen, noch daß sie sie jetzt hat. Die Sozialisierung läßt sich nur durchsetzen gegen die bürgerlichen Herren in der Regierung und gegen die bürgerliche Mehrheit der Nationalversammlung. Aber die Zusammenarbeit mit diesen Leuten wollen die mehrheitssozialistischen Führer ebensowenig aufgeben, wie sie sich zu einer wirklichen Tat entschließen können.

Noch wie vor kann ein Ausweg aus der jetzigen Krise nur durch einen völligen Bruch mit der bisherigen Politik gefunden werden. Alle Versuche der rechtssozialistischen Schaukelpolitiker, unter Beibehaltung der Koalition mit dem Bürgertum die Arbeiterschaft zu beschwichtigen, sind von vornherein zum Scheitern verurteilt. Es gibt jetzt nur ein Entweder—Oder! Entweder Fortsetzung der Noskeschen Gewaltpolitik im Interesse der kapitalistischen Reaktion, mit der unerbittlichen Perspektive des Zusammenbruchs. Oder einheitliche sozialistische Politik, gestützt auf die große Masse des Proletariats, die jetzt wie im November allein in der Lage ist, dem politischen und wirtschaftlichen Ruin vorzubeugen und mit gewaltiger Kraftanspannung den Aufbau des sozialistischen Staates zu beginnen.

Angestellte und Generalstreik.

Soll das deutsche Volk um den Rest seiner revolutionären Errungenschaften gebracht werden? Die Arbeiterschaft Groß-Berlins hat ihre Rüstung für diesen Entscheidungskampf vollendet, doch auch die Gegner haben ihre Vorbereitungen getroffen. Die Vertreter des Kapitalismus glauben nach dem Muster von Leipzig, Halle usw. auch in Berlin die Kopfarbeiter vom übrigen Proletariat losreißen und für den sog. „Bürgerstreik" gewinnen zu können. Die kaufmännischen, technischen und sonstigen Privatangestellten haben aber gerade seit dem 9. November 1918 mit bitterer Deutlichkeit erfahren müssen, daß weder die Nationalversammlung, noch „demokratische" Phrasen das bisherige Abhängigkeitsverhältnis vom Unternehmertum zu ändern vermögen. Die wirkliche Demokratie kann erst dann gewährleistet werden, wenn an die Stelle des privatkapitalistischen Wirtschaftssystems der Sozialismus getreten ist.

Auch der neueste Aufruf der Regierung, wonach die Sozialisierung „marschiere", kann uns nicht darüber hinwegtäuschen, daß der leiseste Anfang einer Sozialisierung fehlt. Die „sozialistische" Regierung hielt es für nötig, den Angestelltenausschüssen durch die Verordnung vom 23. Dezember die ihnen im November vom Vollzugsrat erteilten Befugnisse wiederum zu rauben. Der Betriebsabsolutismus ist wieder hergestellt worden und die Unternehmer dürfen es heute wagen, jeden mißliebigen Sprecher der Angestellten zu maßregeln. Gegenüber den rücksichtslosen Massenkündigungen ist den Angestellten vom Demobilmachungsamt eine Gnadenfrist bis zum 28. Februar eingeräumt worden. Jeder Einfluß der Angestellten auf die Rohstoffverteilung und auf die Auftragsverteilung fehlt, so daß die Unternehmer ohne Rücksicht auf die allgemeine Not ihre Betriebe nach Belieben stillegen oder einschränken können. Das Gesetz über die Wiedereinstellung der Kriegsteilnehmer sichert ihnen noch nicht einmal die Beschäftigungsdauer, die bereits in den Tarifverträgen mit den Metallindustriellen zugesichert worden war.

Die Angestelltenschaft Groß-Berlins ruft seit Wochen stürmisch nach dem Mitbestimmungsrecht. Sie wird es in privaten Abmachungen mit den Firmen nie erreichen, wenn sie nicht gewillt ist, in diesem historischen Augenblick in solidarischer Gemeinschaft mit den Handarbeitern die politischen Voraussetzungen für die wirtschaftliche Machtentfaltung zu erkämpfen. Die feste Verankerung des Rätesystems ist keine reine Arbeiterfrage, sondern sie wird entscheidend sein für das Sein oder Nichtsein der kapitalistischen Machtstellung.

Sollte es da außer einigen deutschnationalen Handlungsgehilfen in Berlin wirklich noch eine nennenswerte Zahl von Angestellten geben, die so verblendet ist, um sich vom Bürgertum gegen die Arbeiterschaft und damit gegen die vitalsten Interessen der eigenen Klasse mißbrauchen zu lassen! Es wäre Verrat schlimmster Art, wollten die Angestellten zögern, Pult oder Ladentisch zu verlassen, wenn die Arbeiter geschlossen ihre Werkstatt räumen. Es wird aber auch umgekehrt die heilige Pflicht der betreffenden Angestelltengruppen sein, in denjenigen Betrieben weiter zu arbeiten, deren Aufrechterhaltung zur Durchführung des Generalstreiks notwendig ist. Die Krankenfürsorge, die Volksernährung und andere von der Streikleitung bestimmte Stellen dürfen keine Unterbrechung erfahren. Die werktätige Bevölkerung des In- und Auslandes blickt in dieser Stunde auf Berlin. Auch die Kopfarbeiter sollen sich der Größe ihrer Aufgabe gewachsen zeigen.

S. Aufhäuser.

Gegen die Putschisten!

Die „Rote Fahne" schreibt:

„Nicht einzelne Führer, an die Macht gelangt, sind das Ziel der Revolution, nicht einzelne Gruppen, an die „Regierung" gebracht, sind deren Erfüllung. Als Klasse, in seiner überwiegenden Mehrheit muß das Proletariat zur Machtergreifung willens und fähig sein: nur so kann auch das Rätesystem, das ohne die lebendige Mitwirkung des Proletariats eine leerlaufende Maschine ist, schaffende Wirklichkeit werden.

Das Proletariat wird aber zu diesem Willen und zu dieser Befähigung nur erzogen im politischen Kampfe der Revolution: Presse, Rede, Versammlungen, Demonstrationen, Streiks, Generalstreik sind die Mittel. Nicht aber ist ein Mittel der Schießprügel. Der ist höchstens ein Mittel, wenn er von rechts angewendet wird: dann klärt er die Massen auf.

Von links aber der Schießprügel und die Handgranate angewendet gegen große Teile des Proletariats, die heute noch nicht zu uns stehen, ist er nicht ein Mittel, die Machtergreifung des Proletariats zu fördern, sondern die Revolution in den Lagern der Proletariermassen zu diskreditieren, die wir für die Revolution gewinnen müssen. Erst wenn das vollbracht ist, läßt sich an bewaffneten Kampf gegen die dann ohnmächtigen Reste der Bourgeoisie denken.

Die Schießprügelhelden von rechts heißt man Konterrevolutionäre, die von links heißt man Putschisten oder, wie sie sich manchmal nennen, Syndikalisten oder Anarchisten.

Die von rechts sind die Verräter, die von links sind die Esel der Revolution. In ihrer Wut auf die Revolution sind beide gleich."

Militärische Nebenregierung und Regierungswechsel.

H. v. Gerlach, Unterstaatssekretär im preußischen Ministerium, schreibt in der „V. a. M." unter der Ueberschrift „Verpfuschte Republik":

„Regierungstruppen schossen, wie vielfach festgestellt wurde, aus „Mißverständnis" oder um zu erschrecken. Regierungstruppen verwüsteten das Parteibureau der Unabhängigen und das Bureau für die russischen Gefangenen. Regierungstruppen nahmen die willkürlichsten Verhaftungen vor. Regierungstruppen sind schuldig an dem ungeheuerlichen Verbrechen an Liebknecht und Luxemburg. Regierungstruppen haben erst in diesen Tagen wieder sich den unglaublichen Uebergriff geleistet, den Vorsitzenden des Soldatenrates in Halle ohne Haftbefehl zu verhaften und ihn nach dem Berliner Ebenhotel zu verschleppen. Ueberhaupt dieses Ebenhotel! Daß von Woche um Woche in einem freien Staatswesen die dort etablierte Militärherrschaft weiter duldet, ist doch einfach ein Skandal. Haben wir darum eine Revolution gehabt, um zu einer militärischen Nebenregierung im Ebenhotel zu gelangen?

Herr Noske mag alle die Qualitäten haben, die ihm Professor Kahl von der Deutschen Volkspartei, Herr v. Oldenburg-Januschau im Bunde der Landwirte und der Gesinnungsathlet Traub bezeugen. Aber daß er die richtige Methode anwendet, um die Ruhe herzustellen, bezweifle ich. Gewiß, er hat „Erfolge" aufzuweisen, in Berlin, in Bremen, im Ruhrrevier und somit noch mancherorten. Ich fürchte nur, es sind Augenblickserfolge, Vorrhussiege. Denn ich sehe, wie die Unruhe immer weitere Schichten der Arbeiterschaft ergreift, wie der Abmarsch nach links immer rascher sich vollzieht, wie die Verzweiflungstaktik immer mehr Anhänger gewinnt. Noskes „Schießerlaß" mag vom Standpunkt des alten Regimes aus unanfechtbar sein. Für die Mehrheit der deutschen Arbeiter — und nicht bloß für sie, auch für radikale Intellektuelle — ist er einfach unerträglich.

Ich halte die reine Räte-Republik nach russischem Muster für ein Verderben. Aber ich fürchte, daß wir ihr nicht entrinnen, wenn nicht die Methoden der heutigen Republik bald und gründlich geändert werden.

Freilich, wirkungsvoll wäre ein Methodenwechsel wohl nur, wenn er mit einem Personenwechsel verbunden wäre."

Generalstaatsanwalt Plaschke.

Der höchste Beamte der Staatsanwaltschaft im Bezirk des Kammergerichts, Generalstaatsanwalt Plaschke, hat angeordnet, daß Karl Radek zu fesseln sei, wenn er im Gefängnishof spazieren gehen darf. Erst auf Protest des Verteidigers ist diese Anordnung aufgehoben worden.

Derselbe Staatsanwalt hat bestimmt, daß die in den Spartakusprozessen Angeklagten und auch Ledebour nicht im Untersuchungsgefängnis, sondern in den Strafgefängnissen Tegel und Moabit inhaftiert werden. Noch heute widersetzt sich Herr Plaschke der Ueberführung, insbesondere Ledebours, in das Untersuchungsgefängnis.

Derselbe Staatsanwalt hat bewirkt, daß der Direktor der Moabiter Strafanstalt, der als humaner Mann den Untersuchungsgefangenen menschlich gegenübertrat, in Urlaub ging und durch einen Staatsanwalt ersetzt wurde.

So geschehen vier Monate nach der Revolution.

Eine gemeine Verleumdung.

Den vielen gemeinen Denunziantenstreichen, die von Gewerkschaftsführern während des Krieges begangen worden sind, reiht sich würdig ihre neueste Leistung an. Der gewerkschaftliche Nachrichtendienst, versieht die ganze Presse mit einer gemeinen Denunziation gegen Dr. Marchlewski. Marchlewski, der den deutschen Arbeitern unter seinem Schriftstellernamen Karski sehr bekannt ist, ist gegenwärtig als Beirat der Neunerkommission zur Sozialisierung des Bergbaues tätig. In dieser Tätigkeit hat er sich den wütenden Haß der Gewerkschaftsbureaukraten zugezogen. Sie suchen die niedrigsten nationalistischen Instinkte einer ungeschulten Masse aufzupeitschen, indem sie nach der bekannten Verleumdungsmanier ihm vorwerfen, er sei Mitglied der russischen Regierung und betreibe als solches unterirdische bolschewistische Propaganda im Ruhrgebiet.

Demgegenüber ist festzustellen, daß Marchlewski erstens nicht Russe, sondern Pole ist und zweitens auch nicht Mitglied der russischen Regierung. Marchlewski hat seit vielen Jahren in der deutschen Arbeiterbewegung gewirkt und wegen seiner umfassenden ökonomischen Kenntnisse weiteste Anerkennung gefunden. Soviel wir wissen ist er Mitverfasser jenes wirtschaftlichen Programms, das unmittelbar nach Kriegsausbruch vom Vorstande der deutschen Sozialdemokratie und von der Generalkommission der Gewerkschaften der Regierung als die wirtschaftlichen Forderungen von Partei und Gewerkschaften unterbreitet worden ist. Dieselben Leute, die jetzt Marchlewski verleumden, haben sich jahrelang mit seinem geistigen Erzeugnis als ihren eigenen Gedanken zu Unrecht geschmückt.

Das hält aber diese Leute nicht ab, ihn jetzt als „ausländischen Hetzer und Wühler" zu verdächtigen.

Die Lage in Rußland.

Aus Moskau wird uns geschrieben:

Die innere und äußere Lage Rußlands hat sich in der letzten Zeit zweifellos gebessert. Die Frage ist nur, ob sich genügend innere Kräfte finden, um die günstige Situation auszunützen.

Die regierenden Kreise Sowjet-Rußlands sind zur Zeit vor allem durch die daniederliegenden wirtschaftlichen Verhältnisse beunruhigt. Der Ton der bolschewistischen Presse ist keineswegs triumphierend, sondern im allgemeinen ernst und zur Selbstkritik geneigt. In den Reihen der Regierung machte sich eine Zeitlang ein Kampf zweier Richtungen bemerkbar. Das Uebergewicht erhielt schließlich die gemäßigte Partei. Eine führende Rolle in der gemäßigten bolschewistischen Partei spielt zur Zeit Genosse Krassin, der Chef der Armeeversorgungsabteilung und Volkskommissar für Handel und Industrie.

In der äußeren Politik dokumentierte sich der Sieg der gemäßigten Richtung in der Note Tschitscherins an die Alliierten, in der bestätigt wurde, daß die Sowjetrepublik die Einladung zur Konferenz auf den Prinzen-Inseln annehme.

In der inneren Politik kommt das Uebergewicht der gemäßigten Richtung darin zum Ausdruck, daß die Politik der Nationalisierung und Sozialisierung ergänzt wird durch Maßnahmen, die das private Kapital zur Produktion heranziehen sollen. So wurde Ende Dezember eine Konzession für den Bau der Nordbahn ausgegeben. Durch ein besonderes Dekret wird dem privaten Kapital die Ausbeutung von Waldungen gestattet.

Laut Beschluß des Zentralen Exekutivkomitees der Räte ist Mitte Januar ein neuer Plan der Ernährungspolitik bestätigt worden, der eine schroffe Abkehr von der bisherigen Politik darstellt. Dieser Plan besteht in folgendem: die Staatsmonopole erstrecken sich lediglich auf Getreide, Zucker, Salz, Pflanzenöle und Massenproduktion von Fleisch und Fischen. Alle anderen Waren werden als frei erklärt. Requisitionen aller nichtmonopolisierten Waren werden strengstens verboten. Alle Preisregulierungen der nichtmonopolisierten Waren werden aufgehoben. Zeitweilig wird den Konsumvereinen gestattet, Massenproduktion von Fleisch und Fisch vorzunehmen. Der Tätigkeit der Genossenschaften dürfen keine Hindernisse in den Weg gelegt werden. Für jedes Gouvernement werden Kommissare mit besonderen Vollmachten ernannt, die die Konsumvereine vor der Willkür der örtlichen Arbeiter- und Bauernräte zu schützen haben.

Die letzten Maßnahmen sind besonders beachtenswert, weil vor einiger Zeit eine heftige Bewegung gegen die genossenschaftlichen Organisationen eingeleitet worden war. Jetzt haben die regierenden Kreise unter dem Druck der Verhältnisse von dieser Verfolgungspolitik Abstand nehmen müssen und den Genossenschaften eine größere Bewegungsfreiheit gegeben.

Als die einzigen oppositionellen Parteien treten zur Zeit in Sowjetrußland die Menschewisten und die Sozialrevolutionäre auf. Unter den Menschewisten ist die Richtung Martow vorherrschend, die den Weg der Verschwörungen gegen das bolschewistische Regiment nach wie vor ablehnt und sich lediglich die Aufgabe stellt, mit den üblichen Methoden der sozialdemokratischen Agitation und Propaganda in der Arbeiterschaft, in den Sowjets zu wirken. Die Menschewisten treten entschieden gegen die Einmischung der Entente in die russischen Verhältnisse auf und bekämpfen alle Parteien, die den Bolschewismus mit Hilfe der Entente zu besiegen hoffen. Nachdem die Menschewisten längere Zeit aus den Sowjets ausgeschlossen waren, haben sie jetzt wieder Zutritt zu ihnen erlangt und nehmen teil an ihrer Tätigkeit, um im Sinne ihrer Ideen zu wirken.

Dieser Standpunkt der Menschewisten hat in letzter Zeit auch in der sozialrevolutionären Partei die Oberhand gewonnen. Eine Delegation der Mitglieder der konstituierenden Versammlung, die vom Ural nach Moskau kam, veröffentlichte im offiziellen Organ der Bolschewisten „Iswestija" einen Aufruf, in dem sie die Notwendigkeit des Kampfes gegen die Intervention der Entente und gegen jene konterrevolutionären Parteien anerkennt, die von der Entente unterstützt werden. Alle Nachrichten, daß zwischen den Bolschewisten, den Menschewisten und den Sozialrevolutionären eine völlige Einigung erzielt worden sei, sind unwahr und entsprechen nicht den Tatsachen. Wie aus obenstehenden Tatsachen hervorgeht, ist zwischen der herrschenden bolschewistischen Partei und den oppositionellen sozialistischen Parteien nur eine Einigung in den Fragen der äußeren Politik erzielt worden, während andererseits durch die Einstellung der bisherigen Verfolgungen der oppositionellen sozialistischen Parteien und durch ihre Zulassung zu den Sowjets die Möglichkeit einer gewissen Zusammenarbeit geschaffen worden ist.

Sozialistischer Burgfrieden in Rußland.

Stockholm, 28. Februar. Ein Funkspruch aus Petersburg meldet:

Kamenew, welcher in der Sitzung des Exekutivkomitees in Moskau Bericht über die Besprechungen mit den Sozialrevolutionären erstattete, hat die auf der letzten Konferenz der Sozialrevolutionäre gefaßten Beschlüsse wie folgt zusammengefaßt:

„Die Partei der Sozialrevolutionäre legt gegen jeden Eingriff der Regierungen der Alliierten in russische Angelegenheiten kategorisch Protest ein.

Sie verdammt jede Allianz mit Regierungen der Bourgeoisie, schlägt vor, jeden Kampf gegen die Sowjetgewalt einzustellen und fordert das Recht der freien Kritik der Sowjetregierungen."

Die letzte Forderung wurde der Partei der Sozialrevolutionäre seitens des kommunistischen Zentralkomitees zugestanden. Das Zentralkomitee beschloß, im allgemeinen der sozialrevolutionären Partei die Freiheit der aktiven Anteilnahme am Kampfe der Sowjetregierung gegen die innere und äußere Gegenrevolution einzuräumen. Somit verlangt keine Partei in Rußland mehr die Allianz mit der Bourgeoisie oder die Nationalversammlung; keine Partei besteht weiter auf dem Eingreifen seitens der Alliierten. Als Resultat der Verhandlungen beschloß die Sowjetregierung, die rechtsstehende sozialrevolutionäre Partei anzuerkennen.

Beschleunigung des Vorfriedens.

London, 1. März. (Reutermeldung.) In seiner bereits aus Paris gemeldeten Unterredung mit englischen Journalisten gab Balfour als Bestreben der Friedenskonferenz an, mit der Herstellung eines Friedenszustandes nicht zu warten, bis der allgemeine Frieden möglich geworden und die Landkarte der ganzen Welt neu gezeichnet sei, sondern den Vorfrieden mit dem unter allen Feinden am schwersten mit Schuld beladenen Deutschland zu beschleunigen, da die mit ihm zu ordnenden Fragen immerhin einfacher seien, als etwa die hinsichtlich des früheren Oesterreich-Ungarns.

Parteitag der U. S. P. D.

2. Tag.

Berlin, 3. März.

In der Montag-Vormittagssitzung wurde zunächst die Besprechung des Geschäftsberichts und des Referats des Genossen Dittmann fortgesetzt. Gen. Barth-Breslau kritisierte die Politik der Parteileitung und die ungenügende Unterstützung der Parteigenossen im Lande durch die Partei. Auf finanziellem Gebiete hätten die Parteigenossen im allgemeinen wohl ihre Schuldigkeit getan, sonst wäre es nicht möglich gewesen, das zu leisten, was in den einzelnen Bezirken geleistet wurde. Das Referat Dittmanns hätte besser schon bestimmte Grundlagen für die Organisation gezeichnet, nicht bloß Vertröstungen auf die Zukunft gegeben. Barth warnte vor einer Ueberschätzung der Frauenfrage. Der vorgeschlagene Ausbau des Reichs-Frauenausschusses könnte zu einer Bevorrechtung der Genossinnen führen. Selbstverständlich muß Frauenagitation getrieben werden und sollen die Frauen die gleichen Rechte haben wie die Männer. Der Redner würdigte die Bedeutung der Presse, meinte aber, daß die örtlichen Organisationen sich selbst helfen müßten und nicht immer an die Zentrale appellieren dürften. Ein zu gründendes Pressebureau müsse vornehmlich Nachrichten vermitteln.

Genosse Schohlein-Hannover wandte sich gegen mehrere Anträge zur Jugendbewegung, die seines Erachtens neben der Freien Sozialistischen Jugend eine besondere Unabhängige Jugendbewegung schaffen wollten. Man sei wohl ungeduldig über die letzte Tagung der Freien Sozialistischen Jugend, die die Unabhängigen stark zerzaust habe. Wenn die Jugendbewegung im radikalen, kommunistischen Sinne wirken wolle, so sei das nur gut zu heißen, — organisatorisch habe sie sich ja nicht an die kommunistische Partei angeschlossen. Die Jugendbewegung müsse ganz selbständig bleiben. Wenn ein Antrag Rettschalk wieder so etwas wie Jugendpflege schaffen wolle, so müsse dem entschieden entgegengetreten werden. Ein besonderes Jugendorgan sei nicht nötig. Die „Junge Garde" genüge, sie kann ja von unserer Partei mehr durch Mitarbeit unterstützt werden. Etwas anderes sei die Schaffung einer Kommission zur Agitation unter der Jugend. Dieser Wunsch sei zu unterstützen.

Genosse Rottschalk-Königsberg setzte sich für eine Stärkung der Kasse durch Beitragserhöhung, Sammlungen usw. ein. Empfehlenswert wäre es, die Beiträge für Männer und Frauen auf gleiche Höhe zu bringen. Nötig werde auch sein, eine Bildungszentrale für die Partei zu schaffen, dazu eine Lichtbilder- und eine Filmzentrale. Der von ihm, dem Redner, u. a. eingebrachte Antrag verfolge gar nicht die ihm von Schohlein untergelegten Tendenzen: er verlange völlig selbständige Jugendvereine. Von einer „unabhängigen" Jugendbewegung sei keine Rede. Allerdings sei es nicht zu begrüßen, wenn die Jugendbewegung systematisch in das kommunistische Fahrwasser gelenkt werde. Die politische Tendenz der „Jungen Garde" müsse stärkste Bedenken erregen, eine Aenderung dieser Tendenz erscheine aber ausgeschlossen. Eine eigene Jugendzeitung der Partei sei dringend erforderlich, und schon vom April an. Eine Unterstützung einer Jugendbewegung, die ihr natürlich volle Freiheit und Selbständigkeit lassen müsse, sei mit allen Kräften anzustreben. (Bravo!)

Genosse Brast-Remscheid: Im Gegensatz zu der Genossin Zietz habe man im Lande sehr wenig Hoffnung darauf gesetzt, daß ein Eintritt in die Regierung die Rechtssozialisten vorwärts treiben würde. Der Eintritt in die Regierung habe nur geschadet. Ein Verzicht auf die Teilnahme am Zentralrat sei nach den Erklärungen Scheidemanns und anderer auf dem Rätekongreß nötig gewesen. Zum Ausbau der Agitation müßten erhebliche Mittel aufgebracht werden. Doch dürfe die Agitation nicht schematisiert werden. Das Pressebureau dürfe nur Informationen bringen. Sehr wichtig wäre raschestes Beschaffen von Material für den Kommunalverkehr, sonst könnten dort unbesonnene Anträge gestellt werden. Der Beitrag könnte allgemein sehr wohl auf 1 Mk. bzw. 80 Pfg. erhöht werden. Das wichtigste sei überall die Schaffung einer eigenen Presse. Der Antrag über Ausbau des Frauen-Reichsausschusses würde am besten auch der Kommission zur Ausarbeitung des Organisationsstatuts überwiesen.

Gen. Neumann-Eldershof vermißte in den Anträgen ein Eingehen auf die wirtschaftlichen Vorbedingungen einer Sozialisierung. Hiermit müsse sich die Partei eingehend befassen. Auch Gen. Neumann ging sodann auf die Frage der Jugendbewegung ein; er bekannte sich als strikten Gegner der Politiker von 15—16 Jahren; es müsse immer mit der Aufnahmefähigkeit gerechnet werden. Falsch wäre es, durch Ueberstürzung mit radikalen Phrasen wirken zu wollen. Man müsse sich stets auf dem Boden des Erreichbaren halten, das sei aber auch schon genug, um damit die Jugend zu begeistern. Eine systematische Aufklärung in der Jugend sei natürlich nötig, und dazu eine gute Jugendzeitung erforderlich, etwa in der Art, wie die „Arbeiterjugend" in ihren Anfängen gewesen sei. Die Leute, die die „Junge Garde" redigierten, kannten die Psychologie der Jugend garnicht. Es gelte, sich nichts vorzumachen: der Krieg habe auf die Jugend in geradezu erschreckender Weise eingewirkt. Da sei es nötig, zunächst einmal Klärung zu schaffen. Das müsse die wichtigste Aufgabe des neuen Jugendorgans sein. Gegebenenfalls sei die Frage weiter in einer Kommission zu behandeln, aber nicht dort zu begraben (Beifall).

Genosse Weise-Berlin bemängelte die Haltung der Partei in den Novembertagen. Wenn die Parteileitung damals den Dingen nicht so kopflos gegenübergestanden hätte, wären manche späteren Erscheinungen nicht eingetreten, dann hätten die Mehrheitssozialisten nicht die Arbeiterschaft als Sprungbrett benutzen können. Die Stimmung bei der Versammlung am 10. November im Zirkus Busch hätte nicht ausschlaggebend sein dürfen. Damals wäre die Errichtung einer Diktatur des Proletariats möglich gewesen. Versagt habe die Parteileitung auch bei der Herausgabe aufklärender Schriften. Wenn jetzt die Herausgabe angekündigt werde, so könne einem wohl der Glaube an die Botschaft fehlen. Alle Organisationsfragen, auch die Ausgestaltung des Frauen-Reichsausschusses seien einer Kommission zu überweisen. Einrichtungen, die den Frauen noch eine Sonderstellung in der Partei gewährten, seien nicht mehr am Platze. Die von der Freien Soz. Jugend gefaßte Resolution verlange eine klare Anlehnung ausschließlich an die kommunistische Partei; das könne man doch nicht unterstützen. Freilich trage die U. S. P. auch einen Teil der Schuld an dieser Entwicklung, weil die Parteileitung bisher zu wenig für die Jugendbewegung getan habe.

Sodann begründete Genosse Seeger-Leipzig einen Antrag auf Schluß der Debatte. Es gelte, vor allen Dingen Taktik und Programm festzusetzen; die bisherigen Erörterungen führten zu weit von dem wesentlichen ab. Nachdem Genosse Eisel-Berlin dagegen gesprochen hatte, wurde der Antrag auf Schluß der Debatte angenommen.

Es erhielten dann noch einmal das Wort die beiden Referenten, Genossin Zietz und Genosse Dittmann.

Genossin Zietz begründete die Nichteinberufung des Parteitages zu einem früheren Zeitpunkt mit den in der Wahlagitation liegenden Schwierigkeiten.

Protest gegen die Militärgewalt.

Die Fraktion der Unabhängigen Sozialdemokraten der verfassunggebenden preußischen Landesversammlung erhebt schärfsten Protest gegen die gesetzwidrige, brutale Anwendung der Militärgewalt, gegen die Anwendung der Methoden des verschärften Belagerungszustandes, die Mißachtung der ordentlichen Rechtspflege und die empörenden Ausschreitungen der Regierungstruppen, die über Recht und Gesetz hinweg, wehrlose Gefangene und Frauen mißhandeln, quälen und töten. Die Regierung bricht damit selbst die Rechtsgarantien, die sie für den Aufbau des Staatslebens feierlich verkündet hat.

Die Fraktion verurteilt die Anwendung der kapitalistischen Klassenjustiz zur Bekämpfung politischer Aktionen der revolutionären Arbeiterschaft und fordert die sofortige Niederschlagung der politischen Prozesse sowie sofortige Freilassung der politischen Gefangenen. Sobald die Verfassunggebende Landesversammlung zusammentritt, wird die Fraktion die Bestrafung der Schuldigen fordern und die verantwortlichen Minister zur Rechenschaft ziehen.

Aus der Parteipresse.

Die soeben erschienene Nr. 5 des „Arbeiter-Rat" enthält folgende Beiträge:

Blutige Etappen, von E. Däumig; Die staatsrechtliche Stellung der A.- und S.-Räte, von R. Müller; Ein Vorschlag zur Einfügung der Arbeiterräte in die Staatsverfassung, von F. Büchel; Bureaukratie, Demokratie und Rätesystem, von L. Bendix; Der Existenzkampf der Sowjets in Rußland während der Kerenski-Periode, von Kosakoff.

Kleines Theater.

Der Revolutionär.

Nachdem das „Kleine Theater" uns Karl Sternheims politischen Schmarrn „Tabula rasa" vorgesetzt hatte, verschärfte es in unerbittlicher Konsequenz diese grausame Kur mit des noch sehr jungen Wilhelm-Speyer-Drama „Der Revolutionär". Diese trotz altklugen Technik sehr dilettantischen drei Akte gehören allenfalls auf eine akademische Versuchsbühne; das „Kleine Theater" sollte sich aber lieber nicht den Spielplan von der politischen Konjunktur diktieren lassen. Diese kümmerlich dramatisierte Revolutionsgeschichte des Herrn Speyer ist kaum mehr denn als schwache Talentprobe aus deutsch-russischer Sphäre zu bewerten. Zusammengeschnipselt aus Spänen, die der Werkstatt größerer Autoren entstammen, vermag es weder durch künstlerische Form, noch durch psychologische Vorzüge noch auch durch irgendwelche hinreißende Gefühlsäußerungen über die Langeweile hinwegzuhalten, die sich im Verlauf des Abends auf den gequälten Zuschauer legt. Unter Mißbrauch des Wortes „Revolutionär" wird in diesem kalt konstruierten wortreichen Theaterstück die Geschichte eines russischen Studenten erzählt, der im Konflikt mit der Liebe dreier Frauen und im Verdacht, ein abtrünniger Verräter der Revolution zu sein, seinem Leben durch den lange erwarteten Schuß hinter der Szene ein Ende macht.

Es verlohnt nicht, zu diesem literarischen Begräbnis längere kritische Anmerkungen zu machen. Mit dem Beifall der Freunde und dem Zischen einiger Mißvergnügter muß die Sache abgetan sein, zumal in der papierarmen Zeit des Kampfes um wertvollere Güter des Lebens und der Kunst. Herr Abel faßte die schwankend zerfließende Gestalt des russischen Studenten in guter Art zu einem flotzischen Charakterbild zusammen, während seine Gegenspielerinnen, die fanatische russische Studentin ohne Anmut und das deutsch-akademische Mädchen mit den blauen Augen und dem häuslichen Bürgersinn, in der Wiedergabe von Ilona Dulong und Leonore Ebn romanhafte Schemen blieben. Der Dichterjüngling des Herrn Rodegg war in allzu nüchternen, die schlampige polnische Studentenwirtin des Frl. Torning dagegen in äußerst satten Farben gehalten. Verlorene Liebesmüh'.

E. B.

Gewerkschaftliches.

Neuwahl im Metallarbeiterverband.

Eine gestern in den Kammersälen stattgefundene prächtig besuchte Generalversammlung des Metallarbeiterverbandes nahm Stellung zu den Neuwahlen der Berliner Ortsverwaltung, an denen sie bisher so lange vom Oberkommando in den Marken gehindert worden war. Die Abrechnung mit den Herren Cohen und Konsorten war eine gründliche. Ziemlich einmütig wählte die Versammlung folgende Kollegen: 1. Bevollmächtiger Otto Tost; 2. Bevollmächtiger Oskar Rusch; 1. Kassierer wurde wieder Hennig, 2. Kassierer Paul Tirpitz; Revisoren: Wilh. Schmidt, Adolf Holz, Alfred Schneider, Paul Krause und Otto Schumann; Beisitzer: Richard Müller, Paul Blumenthal und H. Buchweitz. Auch andere Gewerkschaften dürften mit der Zeit aufräumen und die Bahn reinfegen. Die Cohensche Herrschaft in Berlin ist zu Ende.

Forderungen der arbeitslosen Buchdrucker.

Eine Versammlung der arbeitslosen Buchdrucker tagte am Sonnabend vormittag in den „Sophiensälen".

Zunächst berichtete Zwirner über das Ergebnis der Verhandlungen über den seinerzeit beschlossenen Protest gegen die von der Stadt Berlin beabsichtigte Regelung der Krankenversicherung arbeitsloser Buchdrucker. Diese Regelung bedeutet eine schwere Schädigung der Arbeitslosen. Anstatt sie in der Buchdruckerkasse weiterzuversichern, werden die Erwerbslosen in die unterste Klasse der Allgemeinen Ortskrankenkasse überwiesen. Außer einem täglichen Verlust von 2 Mark in Krankheitsfällen treten noch weitere Nachteile dadurch ein, daß letztere Kasse wesentlich geringere Leistungen gewährt. Das trifft besonders auch diejenigen hart, die während des Krieges freiwillig weitergezahlt haben und nun ihre erworbenen Rechte verlieren. Vorstellungen bei dem Demobilisierungsausschuß der Stadt Berlin hatten das bezeichnende Ergebnis, daß der Vertreter Sachsenbergs erklärte, man wisse wohl, daß man ungesetzlich handele, kenne auch die schwere Schädigung der Arbeitslosen, aber — es sei bequem, und es bilde der Zustand eine gute Fundierung der Allgemeinen Ortskrankenkasse. (?) Neuerdings hat Oberbürgermeister Tominicus den Antrag gestellt, den von der Stadt Berlin inaugurierten ungesetzlichen Zustand zu sanktionieren. Da auch bereits die meisten Groß-Berliner Vororte die arbeitslosen Buchdrucker aus der gesetzlich zuständigen Kasse abgemeldet haben, um sie ihren Ortskassen zu überweisen, läßt dies darauf schließen, daß der deutsche Städtetag dahinter steht. Natürlich lassen sich die arbeitslosen Buchdrucker darauf unter keinen Umständen ein. Sie haben als nächste Instanz das Handelsministerium angerufen, da sich sowohl das Demobilmachungsamt wie das Reichsarbeitsamt für unzuständig erklärten. Diese Verhandlungen werden am Montag stattfinden. Eine diesbezügliche Beschwerde ist auch an das Oberversicherungsamt abgegangen.

Hierauf gab Braun den Bericht von den Tarifverhandlungen. Im Juli 1918 waren 15 Mark Teuerungszulagen vereinbart worden, die bis Ende März 1919 gelten sollten. Im Dezember stellten sich die Zulagen als nicht mehr ausreichend heraus. Erneute Verhandlungen hatten insofern mit Schwierigkeiten zu kämpfen, als die Prinzipale obstruierten, durch Fernbleiben Beschlußunfähigkeit herbeiführen wollten. Doch das Demobilmachungsamt erkannte die erneut beschlossenen Aufbesserungen an und sanktionierte sie. Leider haben viele Unternehmer und selbst die Behörden sich nicht daran gekehrt. Deshalb trat der Tarifausschuß vom 14. bis 17. Februar erneut zusammen. Die Unternehmer redeten, wie üblich, vom Lohnabbau. Sie waren bestrebt, zwischen die Provinz und Berlin einen Keil zu treiben. Man ließ sogar die Arbeiterschaft des Verlagshauses Reclam mit einem Protest gegen die Verteuerung des geistigen Brotes durch übertriebene Löhne aufmarschieren. Eingesteckt haben sie aber die Zulagen gern. Die Gehilfenvertreter haben sich jedoch nicht irre machen lassen. Der Erfolg war die Durchsetzung der erhöhten Teuerungszulage bis Ende August. Rückständige Zulagen müssen am nächsten Zahltage nachgezahlt werden. Ferner ist der während des Krieges üppig ins Kraut geschossenen Lehrlingszüchterei ein Riegel vorgeschoben worden. Im Interesse der Arbeitslosen wurde vereinbart, daß mit allen Mitteln auf Private und Behörden eingewirkt werde, damit diese endlich die zurückgehaltenen Arbeiten herausgeben. Die Unternehmer sind verpflichtet worden, die aus dem Felde Zurückgekehrten sofort einzustellen. Es sollen auch die übrigen Arbeitslosen verhältnismäßig auf die einzelnen Betriebe zur Beschäftigung verteilt werden.

Die sehr lebhafte Debatte zeitigte eine Reihe bemerkenswerter Momente. Es wurde verlangt, daß die während des Krieges aus der Provinz hervorgezogenen Arbeitskräfte nunmehr abgeschoben und an ihrer Stelle Arbeitslose eingestellt werden. Von anderer Seite wurde heftig gegen das Tarifwesen polemisiert und ihm nachgesagt, daß es die Besserstellung der Arbeiter geradezu verhindere. Wenn aber immer nur mit jeder Zulage ein Ausgleich mit den inzwischen erfolgten Preisaufschlägen vorgenommen werde, sei dies keine Verbesserung. Heftig wendete sich die Versammlung ferner gegen die Beschimpfung der Arbeitslosen als Arbeitsscheue. Gegen diese Presse müsse mit allen Mitteln eingeschritten werden. Wenn man stets auf die Freiheit der Presse hinweise, so könne diese niemals als uneingeschränktes Recht zum Lügen und Verleumden aufgefaßt werden. Jede Freiheit verpflichte auch. Vielfache Beschwerden richteten sich gegen die Firmen, die sich um die gesetzliche Verpflichtung zur Wiedereinstellung von Kriegsteilnehmern zu drücken versuchen. Ein Antrag, der die Kommission beauftragt, streng über die sofortige Erfüllung der Beschlüsse des Tarifausschusses, die Einstellung der Arbeitslosen betreffend, zu wachen, wurde einstimmig angenommen. Allerdings kam auch unzweideutig zum Ausdruck, daß die Schiedsgerichte infolge vieler, ganz einseitiger, offenbar von politischen Gesichtspunkten beeinflußter Schiedssprüche, fast jedes Vertrauen eingebüßt haben.

Nach Erledigung dieser Fragen wurde von Schäfer auf die politischen Verhältnisse und deren Zuspitzung hingewiesen. Er ermahnte zu höchster Wachsamkeit und forderte unter brausendem Beifall die uneingeschränkte Durchführung des Rätesystems.

Die Eisenbahner für den Generalstreik.

In einer überfüllten Versammlung der Eisenbahner, die am Sonntag in den Pharussälen stattfand, wurde zum Rätesystem Stellung genommen. In wirkungsvollster Weise erläuterte Genosse Berger den Standpunkt unserer Partei. Seine Darlegungen wurden häufig von lauten Beifallsäußerungen unterstrichen. Ingenieur Duwe (Mehrheitler) als Korreferent hielt sich nicht an das Thema, sondern erörterte ein Teilproblem der Sozialisierung. Er kam dabei zu dem bemerkenswerten Ergebnis: wenn die Nationalversammlung nicht den Willen des Volkes ausführe, müsse zum Generalstreik gegriffen werden, also zur Diktatur des Proletariats.

Die Diskussion ergab, daß auch die Rechtssozialisten erkennen, wie sehr sie durch ihre Haltung zum Rätesystem und zur Sozialisierung an Anhang verloren haben und durch schleuniges Einlenken zu retten suchen, was zu retten ist. Sie fanden mit einem Male recht radikale Worte, sprachen von dem berechtigten Mißtrauen gegenüber den Führern, gaben Scheidemann preis, der nicht sei, was er sein solle, verleugneten den „Vorwärts" als nicht maßgebend für die Partei und bekannten sich weiter für das Rätesystem. Die Versammlung ließ aber keinen Zweifel aufkommen, daß sie sich durch schöne Worte nicht mehr irreleiten lasse. Sie nahm einstimmig folgende, für den neuen Geist der Eisenbahner bezeichnende Resolution an:

1. Die Versammlung . . . fordert den unverzüglichen Ausbau des Rätesystems. Die von der heutigen Regierung vorgeschlagene Form der Betriebsräte wird als durchaus ungenügend bezeichnet und beweist wieder, daß die Regierung die Aufgaben der Revolution nicht erkennt. Die Eisenbahner fordern die schleunige Einsetzung der A.- und S.-Räte als Machtfaktoren zur Regelung der politischen und wirtschaftlichen Fragen und damit zur wirklichen Durchführung des Sozialismus.

2. Die Versammlung . . . beschließt, zur Wahrung ihrer Interessen das Rätesystem zu stützen und ist bereit auf den

Bücher der Familie

von Frau Dr. Anna Fischer-Dückelmann. 20. Auflage mit vielen Illustrationen und einem zerlegbaren Modell des Frauenkörpers in der Entwicklungsperiode.

Preis geheftet M. 5.—, gebunden M. 6.50.

Ferner ist in neuer Auflage erschienen:

Die Frau als Häusärztin

Ein ärztliches Nachschlagebuch der Heilkunde von Frau Dr. Anna Fischer-Dückelmann.

Millionen-Ausgabe, 1037 Seiten, über 500 Illustrationen, 43 Kunstbeilagen und einem zerlegbaren Modell von Mann und Frau. Aus dem Inhalt:

Teil I. Gesundheitspflege, Geschlechtsleben, praktische Regeln für die Ehe, Langlebigkeit usw.

Teil II. Geburtshilfe, Wochenbett, Kinderpflege usw.

Teil III. Frauenkrankheiten.

Teil IV. Bestimmung der Geschlechter, Kinderlosigkeit, Unfruchtbarkeit usw.

Preis des Werkes in Prachtband bei franko Zusendung M. 36.—.

Das Geschlechtsleben des Weibes.

Zu beziehen durch:

Vogler & Co., Berlin W 9, Köthener Str. 27. Abt. 8

Ruf der Arbeiterräte ihn in den Generalstreik einzutreten."

8. Die Versammlung protestiert aufs energischste gegen den Mord an unserem Vorkämpfer der Revolution, an Genossen Kurt Eisner, wie auch den Mordanschlag auf den Genossen Auer, und fordert rücksichtslos die Bestrafung der Schuldigen.

Kampfstimmung der Maschinisten und Heizer.

Die Maschinisten und Heizer hatten den Kollektiv-Vertrag der Metallindustriellen als ungenügend abgelehnt und eine Kommission beauftragt, einen Gegenvorschlag auszuarbeiten und mit dem Unternehmerverband darüber zu verhandeln. Diese Verhandlungen haben am Donnerstag stattgefunden. Hierüber berichtete Schlichting. Die Unternehmer wollten nur verhandeln, wenn sich die Arbeitnehmer mit dem allgemeinen Rahmentarif der Metallindustriellen einverstanden erklären würden. Das konnte nicht vorbehaltlos zugestanden werden, da in der Urlaubsfrage wie über die Lohnhöhe weitergehende Forderungen der Maschinisten und Heizer vorlagen. Ueber die Löhne kam es zu folgenden Einigung: Gruppe I soll 2,60 Mark, Gruppe II 2,40 Mark, Gruppe III 2,10 Mark Mindestlohn erhalten. Wo diese Löhne noch nicht gezahlt werden, muß ein Zuschlag von 15 Proz. sofort eintreten. Die Gruppeneinteilung ist: Gruppe I Maschinenhaus-Hauptpersonal, Maschinisten und Schaltbrettwärter; Gruppe II Kesselhaus-Hauptpersonal, Heizer; Gruppe III Hilfspersonal. Die Krankfeier aufzunehmen wurde von den Unternehmern abgelehnt, da für diese bereits vom Transportarbeiter-Verband Abmachungen getroffen sind. Für Schmutzarbeiten, wie Kesselreinigen usw. werden 20 Pfennig pro Stunde extra gezahlt. Ueberstunden sollen nicht geleistet werden. Wo sie einmal unumgänglich sind, müssen sie an einem andern Tage abgezogen werden, so daß wöchentlich nur 48 Stunden einschließlich Pausen gearbeitet wird. Stimmt die Mitgliederversammlung diesen Vorschlägen zu, so wollen die Unternehmer den Vertrag vom 9. Dezember ab rückwirkend gelten lassen. In der Urlaubsfrage war kein weiteres Zugeständnis zu erzielen.

In der Aussprache wurde lebhafte Kritik an dem Entwurf geübt. Mehrfach verlangten Diskussionsredner überhaupt jeden Tarif abzulehnen und die Festsetzung der Arbeitsbedingungen freier Vereinbarung zu überlassen. Klage wurde darüber geführt, daß z. B. in den Waffen- und Munitionsfabriken Moabit versucht wird, die geringeren Sätze des Metallarbeitertarifs auch den Maschinisten aufzuzwingen. Dieses Verfahren ist natürlich vertragswidrig. Nicht zu Unrecht wurde ferner darauf hingewiesen, daß endlich einmal von der Regierung mit dem Abbau der Lebensmittelpreise begonnen werden müsse, damit nicht schon eine Woche nach Tarifabschluß die errungenen Verbesserungen wettgemacht werden durch erneute Preissteigerungen. Die Abstimmung ergab Annahme des Tarifs gegen eine kleine Minderheit.

Weiterhin kam Schmidt auf die von der Generalkommission mit den Metallindustriellen abgeschlossenen Arbeitsgemeinschaft zu sprechen. Er übte mit aller gebotenen Schärfe Kritik an dem damit begonnenen Arbeiterverrat und sagte, die Arbeiterschaft lehne es einmütig ab, sich vor den Wagen der Kapitalisten spannen zu lassen. Das gelte auch gegenüber dem arbeiterfeindlichen Verhalten der Ebert-Scheidemann-Regierung. Die Arbeiterschaft sei bereit, einmütig und geschlossen darauf die einzig richtige Antwort zu erteilen. Fast jeder Satz wurde von stürmischem Beifall begleitet. Die Versammelten gelobten, mit allen Kräften für die volle Durchführung des Rätesystems auf wirtschaftlichem und politischem Gebiet einzustehen. Für die kämpfenden Arbeiterbrüder im Ruhrgebiet, in Mittel- und Süddeutschland wurde volle Sympathie bekundet und es trat unverkennbar der brennende Wunsch zutage, es ihnen gleich zu tun.

Groß-Berlin.

Tödlicher Unfall eines Genossen. Einer der alten braven Parteiveteranen hat am Freitag, den 28. Februar, durch Straßenunfall den Tod erlitten. Der Genosse Stukkateur Wilhelm Schulz aus der Rüdersdorfer Straße 32 stand im Alter von 65 Jahren und war einer der tätigsten Parteigenossen unter dem Sozialistengesetz. Er scheute vor keiner Mühe zurück und kannte keine Furcht vor der Polizeigewalt. Er war im Jahre 1889 Mitbegründer des Vereins für volkstümliche Wahlen im Osten Berlins und ist bis zu seinem Tode unserer Organisation treu geblieben. In den letzten Jahren, wo er schon Invalide und gebrechlich auf den Füßen war, hat er oft bedauert, die Hausagitation nicht mehr so mitmachen zu können, aber was in seinen Kräften stand, leistete er trotzdem noch. Die Organisation verliert in ihm einen braven Parteigenossen, und besonders die alten Parteigenossen, die mit ihm Schulter an Schulter in den früheren Jahren zusammen gekämpft haben, werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren. Die Bekanntgabe der Beerdigung erfolgt im Inseratenteil.

U. S. P. D. Lehrer- und Lehrerinnenversammlung am Donnerstag, den 6. März, abends 7 Uhr im Gewerkschaftshaus, Saal 3. Tagesordnung: Die Aufgaben der Vereinigung.

Lebensmittelkalender.

Reinickendorf. Auf Abschnitt 103 der Lebensmittelkarte Groß-Berlin werden 100 Gramm Graupen und auf Abschnitt 50 der Lebensmittelkarte für Jugendliche 100 Gramm Grieß abgegeben. Die Anmeldung bei den Kleinhändlern und den amtlichen Verkaufsstellen hat bis einschließlich 7. März zu erfolgen. Die Kleinhändler haben die gesammelten Anmeldeabschnitte am 8. März bis 10 Uhr früh im Zimmer 28 abzuliefern. Verkaufspreis für 100 Gramm Graupen 9 Pfg. für 100 Gramm Grieß 10 Pfg. Pfundpreis 44 bezw. 48 Pf.

Zur Aufnahme der Monatsinventur sind die amtlichen Lebensmittelverkaufsstellen an den nachstehend bekanntgegebenen Tagen geschlossen: Schornweberstr. 113 am Mittwoch, den 5. März; Residenzstr. 45 am Montag, den 3. März; Provinzstr. 85 am Dienstag, den 4. März. Es findet an diesen Tagen nur der Milchverkauf statt.

Aus den Organisationen.

Friedenau. Infolge schwerer Erkrankung unseres Zeitungsspediteurs, Genossen Schulz, Rheinstraße, wird jetzt die Zustellung der „Freiheit" durch den Spediteur Herrn Petermann, Rönneberg- Ecke Rheinstraße (im Laden) erfolgen. Sollte in den ersten Tagen die Zustellung noch nicht recht klappen, so bitten wir um Nachsicht. Herr Petermann hat uns zugesagt, alles aufzubieten, um die Abonnenten der „Freiheit" zufriedenzustellen. Etwaige Wünsche, Neuabonnierungen usw. sind von nun an also an Herrn Petermann oder an den Vorstand der U. S. P., Ortsverein Friedenau, zu Händen der Genossin Frau Tölle, Rönnebergstr. 4, zu richten. — Ferner diene den Mitgliedern des zweiten Bezirks zur Nachricht, daß der bisherige Bezirksführer, Genosse Gillert, das Amt wegen Arbeitsüberbürdung abgegeben hat. An seine Stelle ist als 1. Bezirksführer des zweiten Bezirks, Genosse Landmann, getreten.

Verantwortlich für die Redaktion Alfred Wielepp, Neukölln — Verlagsgenossenschaft „Freiheit" e. G. m. b. H., Berlin. — Druck der Lindendruckerei und Verlagsgesellschaft m. b. H., Schiffbauerdamm 19.

Spezial-Behandlung
von Geschlechts-, Haut- u. Harnleiden
jeder Art bei Männern und Frauen, spez. veraltete (chronische) Harnleiden u. Ausflüsse, nervöse Schwäche usw., Ehrlich-Hata-Kuren. Blutuntersuchung. Licht- und Finsen-Behandlung. Quecksilber-Entziehungs-Kuren. Eigenes Kur-Bad für elektrische und medizinische Bäder. Ohne Berufsstörung. Getrennte Räume für Damen und Herren.
Aerztlich geleitete Heilanstalt.
Löser, Münzstr. 9, nahe Alexanderplatz. 9-1, 4-8, Sonntags 9-1

Zähne! Arbeitslose u. Unbemittelte!
Dentist M. Skudelski, W., Bülowstr. 75
Eingang Blumenthalstraße 10, I. — Fernspr.: Lützow 5878.
Behandelt unentgeltlich jeden Montag, Mittwoch und Freitag 1—2 Uhr Zahnziehen und Plombieren.

PIANOS
Adam, Münzstr. 16
große Auswahl gebrauchter, in eigener Reparaturwerkstatt wie neu hergestellt, sowie neuer Pianos, Panzerplatte, weiße Filze, Kupferbespannung 1800 Mark.
Klavierstimmer Adam, Münzstr. 16.

Schreibmaschinen
repariert in u. außer dem Hause
Brauisch,
Schreibmaschinen-Mechaniker
Charlottenburg, Kirchstr. 28.

Landrichter, außerdienstlich, Rechtsbeistand in allen erdenklichen Rechtsfällen. Gerichtsvertretung. Eingaben usw. Beratung kostenlos. Lothringer Str. 47, Müllerstr. 176.

Spezial-Arzt f. Geschlechtsleiden
spez. veraltete, hartnäckige Harnröhren-Ausflüsse. Geschwüre. Ausschlag. Mundentzündung. Mannesschwäche. Gegen Syphilis eigene Heilmethode verbunden mit Salvarsan-Kuren. Urin- u. Blutuntersuchungen. Im ersten u. ältesten Kur-Institut von
Dir. Löser senior. Nur Rosenthaler Straße 69-70 am Rosenthaler Platz.
Röntgen-Laboratorium. Heil-Anstalt für elektr. u. med. Bäder. Behandlungszeit 9-1, 4-8, Sonnt. 9-1. Separate Damenzimmer.

Zur Massenverbreitung:
Die Wahrheit über die Bolschewiki.
Von einem Russen niedergeschrieben. Preis 15 Pfg.
Die Verfassung der russischen Sowjet-Republik.
Preis 30 Pfg.
Das kommunistische Manifest.
Preis 40 Pfg.
Parteiorganisationen und Wiederverkäufer hohen Rabatt!
Verlag der Wochenschrift „Die Aktion"
Berlin-Wilmersdorf.

Stoffe
jed. Art kauft laufend gr. u. kl. Posten gegen sofort. Kasse l. Selbstverbraucher
W. Putziger,
Berlin N 6, Elbinger Str 56 I. Tägl. 4—8.

Winterpaletot, fast neu, Friedensware, 175, schlanke Figur, zu verkaufen. Schilling, Neukölln, Hermannstr. 169.

Verein der Freidenker für Feuerbestattung. Sitz Berlin. Gegr. 1905
Am 27. d. M. verstarb unser Mitglied, der Schlosser
Bruno Babel
Reichenberger Str. 100
Ehre seinem Andenken!
Die Einäscherung erfolgt am Mittwoch, den 5. d. M. nachmittags 3 Uhr im Krematorium Gerichtstraße statt.
Der Vorstand.

Ausschneiden!
Aus Militärmänteln, -Decken fertigt Damenmäntel preiswert. Sämtl. Herren- und Damengarderobe arbeitet um, wendet, bügelt, repariert, ändert, reinigt
Jölich, Schneidermeister, Alte Jakobstraße 102, v. II Tr.

Möbel in großer Auswahl, moderne Küchen, Polstermöbel kauft man reell und billig bei der Möbel- u. Polsterwarenfabrik R. Sommer, Neue Königstr. 24.

Reizende
Schlafzimmer, Speisezimmer mit Rundlede-sofa, Küche, Ankleideschrank, Versch. einz. Umbausofa, Chaiselongue, Bettstelle, eichenes Büfett, Schreibtisch, Waschtoilette, Trumeau, Teppiche, Federbetten verkauft Teltz, Köpenicker Str. 154, 4. Etg. Verkauf an Privatleute. Händler verb.

Platina
Gramm 10 Mk. Zahngebisse, Gold kauft Frau Linke, Blücherstraße 40.

Achtung! Fensterputzer
Institut mit guter Kundschaft, Leitern, Leder (Friedensware) zu verkaufen. Karge, Fruchtstraße 66 I.

Aufforderung
zur Zeichnung der 4% Berliner Stadtanleihe von 1919.

Zur Bestreitung der öffentlichen Ausgaben der Stadt Berlin ist durch Beschluß der städtischen Behörden vom 9. 1./30. 1. 1919 die Aufnahme einer neuen Anleihe von 400 000 000 M genehmigt worden. Die Anleihe wird hiermit zur allgemeinen Zeichnung aufgelegt. Für die Zahlung und die Herausgabung der Stücke gelten die untenstehenden Bedingungen. Der Zeichnungspreis beträgt 93,25 v. H. Die Anleihe wird in Stücken von 10 000 M, 5000 M, 2000 M, 500 M, 200 M und 100 M ausgegeben. Die Tilgung der Anleihe erfolgt vom 1. 4. 1920 bis Ende März 1930 mit 1 v. H. einschließlich der ersparten Zinsen durch Ansammlung eines Tilgungsstocks derart, daß die in dieser Zeit angesammelten Beträge zur Tilgung nur durch Auslosung zu verwenden sind. Vom 1. 4. 1930 ab findet die Tilgung mit 2 v. H. einschließlich der ersparten Zinsen, ebenfalls unter Ansammlung eines Tilgungsstocks statt, und zwar so, daß die angesammelten Beträge von 5 zu 5 Jahren zur Tilgung durch Ankauf oder Verlosung verwendet werden.

Die Inhaber können über die Schuldverschreibungen wie über jedes andere Wertpapier (durch Verkauf, Verpfändung usw.) verfügen.

Die Benutzung des Stadtschuldbuches mit allen sich daraus ergebenden Bequemlichkeiten und Vorteilen wird den Zeichnern empfohlen.

Zeichnungsbedingungen.

1. Zeichnungen werden vom 3. bis 17. März 1919 von sämtlichen Zeichnungsstellen angenommen. Der Magistrat behält sich vor, die Zeichnungsfrist jederzeit abzukürzen.

2. Hauptzeichnungsstelle ist die Stadthauptkasse Berlin, Rathaus, Erdgeschoß, Zimmer 20, Eingang Spandauer Straße. Geschäftsstunden werktäglich von 9—2 Uhr.

   Zeichnungsstellen sind

   sämtliche Banken und Bankfirmen Groß-Berlins sowie die in den Bekanntmachungen an auswärtigen Plätzen genannten Banken und Bankfirmen, die Deutsche Girozentrale in Berlin, Gertraudtenstr. 16/17, und die Brandenburgische Girozentrale in Berlin, Kronenstr. 61—63, die städtische Sparkasse Berlin mit sämtlichen Zweigkassen und amtlichen Nebenstellen, die städtischen Sparkassen in Charlottenburg, Berlin-Lichtenberg, Berlin-Schöneberg, Berlin-Wilmersdorf, Potsdam und Coepenick, die Gemeindesparkassen in Berlin-Pankow, Berlin-Reinickendorf, Berlin-Weißensee.

   Zeichnungsscheine sind bei allen vorgenannten Stellen zu haben. Die Zeichnungen können aber auch ohne Verwendung von Zeichnungsscheinen brieflich erfolgen.

3. Die Schuldverschreibungen werden in Stücken zu 10 000 M, 5000 M, 2000 M, 1000 M, 500 M, 200 M und 100 M ausgefertigt werden. Bis zur Fertigstellung der Stücke werden Zwischenscheine ausgegeben.

   Die Zinsscheine sind zahlbar am 1. März und 1. September jedes Jahres.

   Der Zinsenlauf beginnt am 1. März 1919, der erste Zinsschein ist am 1. September 1919 fällig.

4. Der Zeichnungspreis beträgt 93,25 M für je 100 M Nennwert, unter Verrechnung der üblichen Stückzinsen. Den Schlußnotenstempel trägt der Zeichner.

5. Die Zuteilung findet unmittelbar nach dem Zeichnungsschluß statt.

   Die bis zur Zuteilung bezahlten Beträge gelten als voll zugeteilt. Im Falle der Ueberzeichnung entscheidet der Magistrat über die Höhe der Zuteilung.

   Wünsche wegen der Stückelung sind im Zeichnungsschein anzugeben, anderenfalls wird die Stückelung von den Zeichnungsstellen nach ihrem Ermessen vorgenommen.

6. Die Zeichner können die gezeichneten Beträge sofort bezahlen; die Verzinsung beginnt vom Tage der Zahlung ab.

Die Zahlung muß bis 17. April 1919 geleistet sein und hat bei derselben Stelle zu erfolgen, bei der die Zeichnung angemeldet worden ist.

Berlin, den 25. Februar 1919.

Magistrat.

Wermuth. Böß.